

Sorgloser Umgang mit dem Geld der Bürger

Die Wählergemeinschaft „Die Cuxhavener“ hat sich selbstverständlich auch mit dem Thema „Millionenschaden durch EWE“ auseinandergesetzt. Der Vorsitzende der Wählergemeinschaft, Ratsherr Peter Altenburg, sieht deutliche Versäumnisse bei der Stadtverwaltung. Peter Altenburg: „Seitdem wir vor Jahren die Stadtwerke an EWE verkauft haben, hängen wir am Rockzipfel dieser natürlich Profit orientierten Gesellschaft. Seit Jahren reihen sich Merkwürdigkeiten aneinander, die aber zu keinem Zeitpunkt wirkliche Konsequenzen seitens der Verwaltung nach sich gezogen haben.“ Altenburg weist darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises bereits für das Abrechnungsjahr 2012 gerügt hat, dass die Einhaltung der Verträge mit EWE durch die Stadtverwaltung so gut wie nicht kontrolliert worden sind. Darüber hinaus wird ebenfalls durch das Rechnungsprüfungsamt bemängelt, dass die Aufträge zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung einfach ohne Ausschreibung selbstverständlich an EWE vergeben worden sind. Anfang 2017 ist dann die Abrechnung für Schmutzwasser von der EWE an den Wasserversorgungsverband Hadeln abgegeben worden. Gleichzeitig soll es erste Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung der Jahre 2004 bis 2017 gegeben haben. Altenburg: „Mal einfach ausgedrückt. EWE hat von Anfang an falsch abgerechnet und dann, vielleicht um zu vertuschen, die Abrechnung einem Dritten übertragen. Das hätte doch jemand in der Stadtverwaltung merken müssen.“ Altenburg und der Fraktion „Die Cuxhavener“ ist nicht bekannt, ob die sogenannte „Gestaltungsmehrheit“ aus CDU/FDP/SPD/Grüne vom Oberbürgermeister bereits 2017 informiert worden ist. Auf jeden Fall sollen sämtliche Geschäftsfelder bei denen es eine Zusammenarbeit mit EWE gibt, intensiv überprüft werden. Altenburg vermutet darüber hinaus, dass auch die Abrechnungen des Wasserversorgungsverbandes nicht korrekt sind, weil die Stammdaten ja von EWE übernommen worden sind. „Die Cuxhavener“ werden einen Fachanwalt beauftragen, der prüfen soll, wie sich die betroffenen Bürger ab sofort verhalten sollen.